

Vorlage Nr.: LS_76_2023_DS06
Aktenzeichen:

Zuständiger Bereich: Landessynode
Verantwortlich: Dr. Frank Vogelsang
frank.vogelsang@ekir.de

Beschlussvorlage

Energiekrise und Armut

Gremium	Zuständigkeit / Zusatzinfo	Datum / Dauer	Berichterstattung
LS Ausschuss für öffentliche Verantwortung (III)	Federführende Beratung		Vogelsang, Frank, Dr.
LS Theologischer Ausschuss (I)	Mitberatung		Vogelsang, Frank, Dr.
Landessynode	Entscheidung	15.01.2023	Vogelsang, Frank, Dr.

Anlage(n):
Energiekrise und Armut

Beschluss:

Die Landessynode dankt der Fachgruppe Sozialethik und dem Ausschuss für Öffentliche Verantwortung für die Vorlage „Energiekrise und Armut“. Sie macht sich die Forderungen unter Punkt II zu eigen und bestärkt, dass kirchliche Akteure im Sinne des Punktes III in enger Abstimmung mit den Einrichtungen der Diakonie tätig werden.

Begründung:

Der Text „Energiekrise und Armut“ beruht auf einer Initiative der Fachgruppe Sozialethik vom 30.8.2022 und ist in der Sitzung des Ausschusses für Öffentliche Verantwortung am 12.9.2022 beschlossen worden. Der Text versteht sich als allgemeines Wort der Landeskirche, das sicherlich durch eine Vielzahl von Initiativen in Kirchenkreisen und Gemeinden ergänzt werden wird. Im Zentrum steht eine enge Verzahnung der Initiativen der Diakonie mit der verfassten Kirche.

Hinweise:

Der russische Krieg gegen die Ukraine verursacht in vielen Ländern eine Energie- und Nahrungsmittelkrise und einen Anstieg der Armut. Der Text nimmt bewusst ausschließlich Bezug auf die aktuellen sozialen Verwerfungen in Deutschland, die sich aus der

drastischen Erhöhung der Energiepreise und der schon bestehenden Inflation ergeben.

Der Beschluss der Landessynode soll in geeigneter Weise zeitnah veröffentlicht werden.

Offene Fragen:

Das Thema wird auch nach der Synode aktuell bleiben. Es ist Aufgabe der Fachgruppe Sozialethik und des ständigen Ausschusses für Öffentliche Verantwortung, die soziale Herausforderungen kontinuierlich im Blick zu halten und gegebenenfalls für die Kirchenleitung eine überarbeitete und aktualisierte Fassung für eine Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen.

Energiekrise und Armut

Thesen zur Situation und zum Handeln

I. Armut verschärft sich. Jetzt und hier.

1. Der verbrecherische Krieg Russlands in der Ukraine und die Folgen der wechselseitigen Wirtschaftssanktionen haben zu einer Energiekrise geführt, die alle Lebensbereiche in unserem Land betrifft.
2. Wirtschaft und Privathaushalte spüren bereits die extrem steigenden Energiekosten. Insbesondere Personen mit geringem Einkommen können das schon jetzt nicht finanzieren. Es ist mit weiteren erheblichen Energiepreissteigerungen zu rechnen. Diese belasten nicht nur die Endabnehmer*innen, die Haushalte, sondern auch kleine und mittlere Betriebe, vor allem energieintensive Handwerksbetriebe und Kleinunternehmer*innen.
3. Die steigenden Energiekosten treffen auf eine Gesellschaft, die von großer Ungleichheit geprägt ist. Diese zeigt sich sowohl bei der Verteilung der Vermögen wie auch an den Unterschieden in den verfügbaren Einkommen. Die Energiekrise verschärft diese Ungleichheit.
4. Einkommensschwache Haushalte leiden überproportional stark unter der rasanten Teuerung, was in vielen Fällen zu existenzbedrohenden Krisen führt. Die einkommensschwächsten Haushalte geben einen großen Teil ihres Einkommens für die Preistreiber Nahrungsmittel, Wohnen und Haushaltsenergie aus. Die betroffenen Haushalte geraten zunehmend in eine finanziell aussichtslose Situation.
5. Aus der Beratungsarbeit der Diakonischen Werke wissen wir, dass zum Beispiel Stromabschläge verdreifacht wurden. Menschen können am Ende des Monats ihre Lebensmittel nicht mehr bezahlen. Die Verzweiflung ist groß und wächst weiter. Menschen berichten, im Supermarkt gestohlen zu haben, weil ihnen Geld für die nötigsten Lebensmittel fehlt. Kinder werden aus der Betreuung abgemeldet, weil das Geld für das Pausenbrot fehlt.

6. In der politischen Diskussion werden Menschen mit geringem Arbeitseinkommen und Sozialleistungsempfänger gegeneinander ausgespielt, oft mit falschen Behauptungen über die Höhe ihrer Einkommen. Beide brauchen Hilfe bei der Finanzierung ihres Lebens.

7. Die aktuelle Energiekrise darf die langfristige Orientierung nicht verdecken: Die Energiepolitik der letzten Bundes- und Landesregierungen hat den schon lange notwendigen Umstieg auf erneuerbare Energien stark vernachlässigt. Deutschland hat sich zugleich in eine Abhängigkeit von fossilen Energien und besonders von russischem Gas manövriert. Das erst hat die Grundlage für die heutige Energiekrise geschaffen. Bei allen aktuellen Krisen ist es deshalb wichtig, das langfristige Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, den zügigen und umfassenden Ausbau regenerativer Energiequellen.

II Was muss die Gesellschaft tun?

1. Wir fordern von Bund, Ländern und Kommunen, alles Notwendige zu tun, damit insbesondere Menschen mit geringem Einkommen ihre Lebenshaltungskosten weiterhin decken können, inklusive Heizung und Strom.

2. Für alle Personenkreise muss gelten, dass

- Menschen ihre Wohnung nicht verlieren dürfen.
- Strom- und Gassperren vermieden werden müssen.
- das Existenzminimum gewährleistet werden muss.
- steigende Energiekosten nicht dazu führen dürfen, dass Menschen in die Überschuldung geraten.

3. Der Staat muss kleine und mittlere Unternehmen unterstützen, die unverschuldet durch die Energiekrise in ihrer Existenz gefährdet sind.

4. Kurzfristig fordern wir:

- Monatliche Energiekostenzuschüsse für Geringverdiener, Rentner und Studierende, die den aktuellen, möglicherweise steigenden Energiekosten laufend angepasst werden.

- Die vorrangige Berücksichtigung von Unterstützungsmaßnahmen für Bezieher*innen von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder dem AsylbLG, denn diese sind besonders gefährdet.
- Ein temporäres Verbot von Wohnungskündigungen und Liefersperren wegen ausbleibender Zahlungen für Heizung und Strom.

5. Die Diakonie Deutschland schlägt einen Notfallmechanismus vor: Bei einer vom Bundestag festgestellten sozialen Notlage von nationaler Tragweite sollen Haushalte, die Wohngeld, Kinderzuschlag, Grundsicherung für Arbeitssuchende, Sozialgeld nach dem SGB II oder Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit beziehen, einen Krisenzuschlag erhalten. Dieser müsste derzeit mindestens 100 Euro pro Monat für eine Dauer von sechs Monaten betragen und regelmäßig angepasst werden.

6. Langfristig fordern wir, die Nutzung erneuerbarer Energien mit Nachdruck zu fördern. Auf allen Ebenen müssen Potenziale der Energieeinsparung erschlossen und genutzt werden.

III Was tun wir als evangelische Kirche?

1. Die Kirche sieht sich als verfasste Kirche und Diakonie in der Pflicht, ihre Stimme in der Öffentlichkeit für jene Menschen zu erheben, die in dieser Krise rapide ärmer werden. Armen Menschen und Menschen in Not gilt Gottes besondere Zuwendung. Dies bezeugen viele biblische Texte. Die Gemeinde Gottes ist aufgerufen gleiches zu tun: „Denn ich bin hungrig gewesen, und ihr habt mir zu essen gegeben.“ „Ich bin nackt gewesen, und ihr habt mich gekleidet.“ (Mt 25,35f.) Die Kirche fordert die politisch Handelnden auf, eklatante Armut aufgrund der Energiekrise zu verhindern.

2. Die Kirche nutzt ihre Ressourcen, um Menschen in der aktuellen Not beizustehen. Das geschieht über die Werke der Diakonie ebenso wie auf allen Ebenen der verfassten Kirche. Beide müssen in dieser Krise eng zusammenarbeiten und sich aufeinander beziehen. Eine besondere Aufgabe haben die Gemeinden, da sie in der Lage sind, soziale Netze vor Ort aufzubauen und zu stärken. Es gilt, die guten Initiativen und Beispiele zu sammeln und für andere als Anregung aufzubereiten.

3. Die Kirche ruft alle Menschen, die es sich aufgrund ihrer Einkommenssituation leisten können, dazu auf, Hilfsmaßnahmen und direkte Hilfen an Bedürftige zu unterstützen.